

Addendum 2026

Wie muss Medienbildung im digitalen Wandel im familiären und beruflichen Alltag, in Schule und Hochschule, der außerschulischen Bildung sowie der kulturellen und politischen Bildung gestaltet werden?

Bündnis Medienbildung – vormals Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ (KBoM)

INHALT

01 Medienbildung in den Unterrichtsalltag bringen

02 Stärkung der Medienbildung in außerschulischen Handlungsfeldern

03 Politische Medienbildung als zentraler Teil einer verbindlichen Medienbildung

04 Kritisch-kreative Auseinandersetzung mit digitaler Technik, Algorithmen und KI

05 Grundbildung Medien in allen pädagogischen Studiengängen sowie Aus- und Fortbildungen

Was fordert das Bündnis Medienbildung?

01 Grundbildung Medien verbindlich verankern

Wir fordern, die Grundbildung Medien – zu der auch digitale Bildung gehört – verbindlich in allen Bildungsinstitutionen und Curricula zu verankern und umzusetzen. Sie muss zudem verbindlicher Bestandteil aller pädagogischen Ausbildungsgänge und Studiengänge sein.

02 Medienbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken

Wir fordern, Medienbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verankern und mit weiteren Bildungsbereichen zu verknüpfen. Dazu gehören insbesondere die außerschulische Bildung, die politische Bildung und Demokratieförderung, die kulturelle Bildung sowie die Bildung für nachhaltige Entwicklung.

03 Pädagogische Qualifizierung und institutionelle Voraussetzungen ausbauen

Wir fordern, zentrale Lehr- und Lerninhalte der Medienbildung auch verbindlich in der pädagogischen Qualifizierung zu verankern. Dazu gehört insbesondere ein Bewusstsein für die mediale Beschaffenheit von Wissen sowie die kritische Reflexion von Bildungs- und Lehrmedien, ihrer Produktion und der damit verbundenen Lehr- und Lernkulturen. Wir fordern außerdem den konsequenten Ausbau medienpädagogischer und medienwissenschaftlicher Professuren und Mitarbeiter:innenstellen an Hochschulen und Universitäten sowie die umfängliche Förderung medienpädagogischer Fort- und Weiterbildungsangebote.

04 Politische Medienbildung verbindlich verankern

Wir fordern, politische Medienbildung als verbindlichen Bestandteil der Medienbildung in Curricula zu verankern und entsprechende Bildungsangebote auch für ältere Zielgruppen wie Erwachsene und Senior:innen auszubauen. Darüber hinaus muss politische Medienbildung als Pflichtbestandteil in den Curricula der Ausbildung von Erzieher:innen, Lehrer:innen, Kindheitspädagog:innen, Sozialarbeiter:innen und Berufsgruppen aller weiteren pädagogischen Handlungsfelder verankert werden.

05 Mediale Öffentlichkeiten als demokratische Infrastruktur schützen und aktiv gestalten

Wir fordern eine gesamtgesellschaftliche, wissenschaftlich fundierte Diskussion über die sich verändernden Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten medialer Räume. Überdies fordern wir die Gesetzgebung auf, mediale Öffentlichkeiten als demokratische Infrastruktur und die medialen Voraussetzungen von Bildungsräumen zu schützen sowie eine wirksame Regulierung kommerzieller Plattformen durchzusetzen.

Medienbildung in den Unterrichtsalltag bringen

Mit der Strategie der Kultusminister:innenkonferenz – KMK „Bildung in der digitalen Welt“ (2016) wurden wichtige Impulse für den schulischen Medienumgang gesetzt. Die gesetzten Impulse waren jedoch nicht weitreichend genug, wie u. a. die **Initiative Keine Bildung ohne Medien – KBoM**, die **Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur – GMK** und auch die **Gesellschaft für Medienwissenschaft – GfM** seinerzeit bereits kritisierten. Die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen um gezielte Desinformation, der pandemiebedingte Notfall-Distanzunterricht sowie auch die rasche Etablierung großer Sprachmodelle (LLM) haben in den vergangenen Jahren nachdrücklich gezeigt, dass Medienbildung eine zentrale Aufgabe des Bildungssystems ist. Die Ergänzungen der KMK zu „**Lehren und Lernen in der digitalen Welt**“ (2021), wie auch das Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission – SWK zur „**Digitalisierung im Bildungssystem**“ (2022), die Handlungsempfehlung der KMK „**zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz in schulischen Bildungsprozessen**“ (siehe hierzu auch **GMK-Stellungnahme zur KMK-Handlungsempfehlung zum Umgang mit KI in schulischen Bildungsprozessen**), das SWK-Impulspapier zu „**Large Language Models**“ (2024) haben auf Bundesebene weitere Impulse gesetzt, die von den Ländern mit unterschiedlichen, länderspezifischen Konzepten und Curricula aufgenommen wurden – dies sowohl bei der curricularen Verankerung in Schule und Unterricht wie auch mit Blick auf die Lehrer:innenbildung. Dieses Engagement ist grundsätzlich zu begrüßen, die überfällige Integration medienpädagogischer Inhalte und Qualifikationsziele als Querschnittsaufgabe für alle Fächer gelingt jedoch im Unterrichtsalltag bisher bestenfalls vereinzelt (u. a. **Qualitätsentwicklung – Professionalisierung – Standards. Thesen aus medienpädagogischer Sicht**, S. 30 f.): Das Ziel, Schüler:innen über das Nutzen mediendidaktischer Möglichkeiten (dem Lernen mit Medien) hinaus zu einem sinnvollen, reflektierten und verantwortungsbewussten Medienumgang – dem Lernen über Medien – zu befähigen, wird im Unterrichtsalltag nur selten erreicht (u. a. **Thomas Knaus im Gespräch mit Christian Spannagel**, S. 17). Vor dem Hintergrund der aktuellen medientechnischen Entwicklungen (wie algorithmengesteuerte Plattformen, gezielte Desinformation und KI-generierte (Deep-)Fakes et cetera) sehen wir eine grundlegende Gefährdung demokratischer Meinungsbildung – und damit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Daher fordern wir nachdrücklich, die Einrichtung eines eigenständigen Lernbereichs oder eines Fachs zu prüfen. Dieser sollte – orientiert an der **Dagstuhl-Erklärung „Bildung in der digitalen vernetzten Welt“** sowie dem „**Frankfurt-Dreieck**“ (**Frankfurt-Dreieck zur Bildung in der digital vernetzten Welt. Ein interdisziplinäres Modell**) – auch Elemente der informatischen Bildung enthalten, darf aber keinesfalls auf einzelne inhaltliche Aspekte oder technische Fertigkeiten reduziert werden. Ein dedizierter Lernbereich für die Medienbildung darf allerdings nicht dazu führen, dass sich die Fächer aus ihrer Verantwortung für den Aufbau und die Umsetzung der fächerintegrativen digitalen Bildung zurückziehen. Grundlegende Voraussetzung für die umfassende Integration von Medienbildung in alle Fächer sind die medienbezogene universitäre Lehrer:innenbildung sowie die adäquate und kontinuierliche Fortbildung von Lehrer:innen. Außerdem muss mehr Arbeitszeit für regelmäßig erforderliche Fortbildungen, kollegialen Austausch, die Auseinandersetzung mit innovativen Unterrichtsformen und die kritische Reflexion digitaler Lern- und Bildungsmedien sowie deren pädagogisch-didaktische (Weiter-)Entwicklung angerechnet werden.

Stärkung der Medienbildung in außerschulischen Handlungsfeldern

In den letzten Jahren war bildungspolitisch eine Verengung des Blicks auf die Verankerung von Medienbildung in Schule und Unterricht zu beobachten. Dieser Fokus und die lang überfällige Verankerung der schulischen Medienbildung sind zweifelsfrei wichtig und richtig – mit Blick auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen sind sie jedoch alleine nicht ausreichend. Ergänzend dazu fordern wir daher, Medienbildung auch in allen weiteren pädagogischen Handlungsfeldern zu verankern – von der frühkindlichen Bildung über die Kinder- und Jugendarbeit und Erwachsenenbildung bis hin zur pädagogischen Arbeit mit Senior:innen. Denn nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern beispielsweise auch Eltern benötigen Unterstützung bei der Gestaltung einer angemessenen Medienerziehung. Die Förderung einer reflektierten Medienpraxis ist für alle Altersgruppen von besonderer Bedeutung, denn Medienbildung ermöglicht es Menschen, digitale Medien eigen- und sozialverantwortlich zu nutzen und damit kulturelle und soziale Teilhabe sowie die politische Meinungs- und Willensbildung zu stärken. Sie fördert zudem die Fähigkeit zur sachkundigen Diskussion und begründeten Meinungsbildung, die Urteils- und Argumentationsfähigkeit sowie die Medien-, Informations- und Nachrichtenkompetenz. Um diese Fähigkeiten in allen Altersgruppen zu fördern, bedarf es einer hinreichenden finanziellen und personellen Ausstattung außerschulischer Bildungsinstitutionen. Nur so lässt sich eine langfristige, an den Bedarfen der jeweiligen Zielgruppen orientierte medienpädagogische Arbeit ermöglichen. Dazu gehören auch die Qualifizierung haupt- und ehrenamtlicher Fachkräfte sowie die Entwicklung geeigneter Einrichtungskonzepte, die das Zusammenwirken sozialer, pädagogischer und kultureller Bildungsangebote unterstützen.

Zu den zentralen Aufgabenfeldern der Medienpädagogik gehören zudem Angebote für Heranwachsende in sozial und ökonomisch benachteiligten Lebenslagen sowie eine intersektional ausgerichtete Medienarbeit. Denn bezüglich der Medienaneignung bestehen nach wie vor deutliche Unterschiede, die soziale und ökonomische Lebensbedingungen widerspiegeln und bestehende Ungleichheiten verfestigen oder verstärken können. Einrichtungen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit können hierfür – bei entsprechender medienpädagogischer Qualifizierung und Ausstattung – hilfreiche, innovative Angebote entwickeln und umsetzen. Anstelle kurzfristiger Projektförderungen bedürfen diese Bildungseinrichtungen einer kontinuierlichen öffentlichen Förderung, die nachhaltige medienpädagogische Arbeit ermöglicht. Auch im Kontext kultureller Bildung kann Medienpädagogik vielfältige Angebote in der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie in der Erwachsenen-, Familien- und Senior:innenbildung bereitstellen. Voraussetzung hierfür ist eine angemessene personelle und kontinuierliche finanzielle Ausstattung.

Politische Medienbildung als zentraler Teil einer verbindlichen Medienbildung

Die Liste gesellschaftlicher Effekte, die in, durch und mit Medien wirksam werden, ist lang: gezielte Desinformation und Verschwörungserzählungen, Rassismus und Antisemitismus sowie Cybermobbing und Hate Speech – um nur einige zu nennen. Es geht dabei nicht allein um problematische Inhalte – es geht auch um die Frage, welche Themen, Stimmungen und Deutungsmuster überhaupt sichtbar werden: Wer bekommt Aufmerksamkeit und wer wird übergangen? Und wie wird festgelegt, nach welchen Regeln dies passiert? Neben der akribischen Prüfung von Inhalten ist daher das kritische Hinterfragen der Bedingungen bedeutsam, unter denen etwas Aufmerksamkeit erhält – oder auch aus dem Blick gerät und „unsichtbar“ wird. Andererseits eröffnet der alltägliche Medienumgang auch bereichernde Möglichkeiten, etwa durch solidarische, respektvolle und menschenrechtsorientierte Inhalte. Mediale Öffentlichkeiten, insbesondere in Sozialen Medien, sind zunehmend zu politischen Arenen der öffentlichen Meinungsbildung geworden. Sie werden bisher jedoch nur unzureichend rechtlichen und sozialen Regelungen unterworfen. Da diese öffentliche Meinungsbildung zentral ist für unsere Demokratie, müssen Heranwachsende – genauso aber auch Erwachsene und Senior:innen – befähigt und unterstützt werden, die medientechnischen und kulturellen Grundlagen dieser politischen Sphären kritisch zu reflektieren, Informationen kritisch zu beurteilen, bewusst mit ihren Daten umzugehen und auch zu verstehen, warum individuelle Kontrolle über Daten nur begrenzt möglich ist. Wie die Studie „**Lauter Hass – leiser Rückzug**“ anschaulich aufzeigt, ist derzeit das Gegenteil der Fall: Einige wenige besetzen Soziale Medien mit Hass und Diskriminierung, sodass sich viele andere Menschen zurückziehen, um diesen Anfeindungen nicht ausgeliefert zu sein. Damit wird eine wichtige Säule der öffentlichen Meinungsbildung destruktiven Kräften überlassen. An dieser Stelle sind politische Lösungen gefragt, um diese Öffentlichkeiten zurückzuerobern und wieder echten Meinungsaustausch zu ermöglichen. Zudem haben sich in den letzten Jahren mediale Strukturen und daran angepasste Nutzungstendenzen – wie die Nutzung extremer und emotionalisierender Inhalte als Strategie für mehr Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit („Ragebait“) – etabliert, die weder Teilhabe und Solidarität noch Demokratie fördern und stattdessen auf ökonomische Verwertbarkeit und umfassende Konkurrenz ausgerichtet sind. Digitale Kommunikationsräume sowie die damit verbundenen Inhalte und Kommunikationsformen sind nahezu vollständig ökonomisch durchdrungen, sodass es kaum noch zweckfreie Räume für freie Kommunikation, Identitätsfindung und -entwicklung gibt. Denn globale Unternehmen stellen mit ihren (kommerziellen) Plattformen nicht nur die technische Infrastruktur bereit – sie legen überdies auch die Regeln fest, nach denen dort kommuniziert, partizipiert und die Aufmerksamkeit aller Nutzer:innen gesteuert wird. Der enorme ökonomische – wie auch kulturelle – Wert dieser Firmen beruht auf dem, was Nutzer:innen einbringen: Inhalte und Aufmerksamkeit. Demgegenüber besitzen Nutzer:innen kaum Mitsprache bei der Gestaltung der Plattformen und der Verwertung der von ihnen erzeugten Inhalte. Dabei gilt es zu bedenken, dass diese Strukturen keineswegs „naturgegeben“ oder alternativlos sind, sondern intentional gestaltet wurden und daher **grundsätzlich auch verändert werden können**. Aus diesem Grund braucht es eine wissenschaftlich fundierte, gesamtgesellschaftliche Diskussion darüber, wie öffentliche Räume des Miteinanders und des Meinungsaustauschs aufgebaut werden können, welche unterschiedlichen und transparenten Nutzungsoptionen angeboten werden sollten und wie sich in diesen Räumen **konstruktive, wertschätzende und partizipative Kommunikationskulturen entwickeln lassen**.

Kritisch-kreative Auseinandersetzung mit digitaler Technik, Algorithmen und KI

Die tiefgreifenden Veränderungen durch digitale Medien und Technik – darunter algorithmische Systeme und kommerzielle Plattformen sowie Datafizierung, maschinelles Lernen und KI – stellen pädagogische Institutionen vor große Herausforderungen und machen die verbindliche Verankerung kritisch-reflektierter Medienbildung in allen Bildungsbereichen notwendiger denn je. Medienbildung muss alle Menschen dazu befähigen, die individuellen, sozialen und demokratiepolitischen Implikationen dieser Entwicklungen zu erkennen, zu hinterfragen und aktiv und kreativ mitzugestalten.

Besonders der Umgang mit persönlichen Daten angesichts kommerzieller Plattformen, datengetriebener Geschäftsmodelle und staatlicher Überwachung verlangt nach einer strukturell und verbindlich verankerten, grundbildungsorientierten Medienbildung. Algorithmische Steuerung, Datafizierung und KI sind dabei nicht nur technische, sondern auch gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Digitale und gerade KI-basierte Medien, Anwendungen und Plattformen wirken zunehmend in Kommunikations-, Entscheidungs- und Bildungsprozesse hinein – häufig unsichtbar und oft unhinterfragt. Hieraus erwachsen Fragen nach Transparenz und Verantwortung, Autonomie und Teilhabe, die in schulischen und außerschulischen Bildungskontexten professionell aufgegriffen werden müssen. Dabei reicht es nicht aus, Heranwachsende lediglich im Umgang mit digitalen Anwendungen und Werkzeugen zu qualifizieren, sogenannte KI-Kompetenzen zu vermitteln oder Fertigkeiten wie beispielsweise das Programmieren in den Mittelpunkt zu stellen. Erforderlich ist vielmehr eine (medien-)pädagogische Auseinandersetzung mit den Strukturen und Funktionsweisen, den Interessenlagen und den gesellschaftlichen Wirkungen technischer Anwendungen und Plattformen – insbesondere solcher, die auf algorithmischen Verfahren und KI beruhen. Übergeordnetes Ziel ist und bleibt die umfassende Förderung von Selbstbestimmung und demokratischer Handlungsfähigkeit im digitalen Wandel.

Hierfür braucht es ausreichend finanziell und personell ausgestattete Bildungseinrichtungen, die kritische Reflexion digitaler Bildungs- und Lernmedien, adäquat qualifizierte Pädagog:innen und Lehrer:innen sowie medienpädagogisch versierte und medienwissenschaftlich fundierte Curricula, die sich an demokratischen Prinzipien und dem Ziel der Bildungsgerechtigkeit orientieren. Es gilt, Bildung in der digitalen Welt als gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe zu begreifen – statt ihre Gestaltung einzig wenigen globalen Dienstleister:innen und Plattformbetreiber:innen zu überlassen.

Grundbildung Medien in allen pädagogischen Studiengängen sowie Aus- und Fortbildungen

Um Erzieher:innen, Lehrer:innen, Erwachsenenbildner:innen und Sozialpädagog:innen für die Rolle digitaler und KI-basierter Medien und Anwendungen bei der Wissensproduktion und -vermittlung sowie für die gesellschaftlichen Auswirkungen des Medienwandels zu sensibilisieren, muss die Grundbildung Medien – zu der auch digitale Bildung gehört – verbindlicher Bestandteil der pädagogischen Aus- und Fortbildung werden. Daneben müssen spezifische medienpädagogische Qualifizierungsangebote ausgebaut und auf allen Ebenen etabliert werden – von der Jugendleitercard (JuLeiCa) über Fort- und Weiterbildungsangeboten bis hin zu einschlägigen Masterstudiengängen. Grundlegend hierfür sind entsprechende Fort- und Weiterbildungen für Multiplikator:innen, der deutliche Ausbau medienpädagogischer und medienwissenschaftlicher Professuren und Mitarbeiter:innenstellen an Hochschulen und Universitäten sowie die Bereitstellung entsprechender räumlicher und medientechnischer Infrastrukturen. Denn Wissen wird stets medial hervorgebracht und vermittelt. Die mediale Beschaffenheit des Wissens wird besonders bei medientechnischen und medienkulturellen Transformationen – wie etwa im digitalen Wandel – spürbar und bedeutsam. Dennoch erhalten die mediale Beschaffenheit des Wissens und die strukturellen Bedingungen digitaler und KI-basierter Wandlungsprozesse in der pädagogischen (Aus- und Fort-) Bildung bislang zu wenig Aufmerksamkeit. Mediale Wissensformationen prägen nicht nur die Formate der Wissensvermittlung und die Lehr- und Lernkulturen, sondern auch die Wissensinhalte selbst – in allen Bildungsbereichen, für alle Altersgruppen und in allen (Fach-) Disziplinen. Sie beeinflussen entsprechend gesellschaftliche, politische, ökonomische, kulturelle, ästhetische und ethische Strukturen, Zusammenhänge und Entscheidungen und prägen dadurch kollektive wie individuelle Identitäten, Erinnerungskulturen und Teilhabemöglichkeiten sowie die Vorstellungskraft und Handlungsbereitschaft – und damit nicht zuletzt auch wesentliche bildungspolitische Fragen unserer Zukunft.